

# Laibacher Zeitung.

Nr. 273.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 28. November

Insertionspreis: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

## Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 22. November d. J. dem Ministerialrathe im Ministerium des Innern Franz Ritter Wagner v. Kremsthal aus Anlaß der ihm über sein Ansuchen bewilligten Uebernahme in den bleibenden Ruhestand, in Anerkennung seiner vieljährigen eifrigen und treuergebenen Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopold-Ordens mit Nachsicht der Tagen allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant in der Reserve des Fürst Windisch-Grätz 14. Dragoner-Regiments Alfred Grafen Ségur-Cabanec die k. k. Kämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Die k. k. Finanzdirection für Krain hat die Titular-Rechnungs-officiare Kajetan Bessel und Robert Burgarell zu Rechnungs-officiaren in der zehnten Rangklasse ernannt.

Am 25. November 1874 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthenische, slowenische, kroatische und romanische Ausgabe des am 11. November 1874 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen XLVI. Stückes des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Dasselbe enthält unter Nr. 134 die Verordnung der Ministerien der Finanzen und des Handels vom 25. October 1874 betreffend Erleichterungen im Zollverfahren.

(Wr. Btg. Nr. 272 vom 26. November.)

## Nichtamtlicher Theil.

### Journalstimmen vom Tage.

Die wiener Blätter theilen sich über die Darlegung Sr. Exc. des Herrn Handelsministers Dr. Vansan's inbetreff der Action der Regierung in Eisenbahnsachen in zwei Lager. Die eine Partei billigt vollständig die geringere Thätigkeit, die im Jahre 1875 von staatswegen eingehalten werden soll, während sie die vorwärts treibenden Organe mehr und mehr befähigt angreifen. Der Tadel wird hauptsächlich damit begründet, daß man in einer ausgedehnten Action des Staates in Eisenbahnbauten den zweckmäßigsten Weg erblickt, dem wirtschaftlichen Nothstande abzuhelfen. Die „N. Fr. Pr.“ ist der Ansicht, daß nicht nur der allgemeine wirtschaftliche Vortheil für eine Erweiterung

des Eisenbahnbaues spreche, sondern das Finanzdar davon nur profitieren könne. Die „Tagespresse“ betont insbesondere, daß es nun Aufgabe des Parlamentes sei, durch seine kräftige Initiative den Ministern Rath zur bezüglichen Action einzufloßen. Die Blätter, welche in der Frage den Standpunkt der Regierung theilen, betonen hingegen, daß das Productions- und Verkehrsbedürfnis des Reiches gegenwärtig keine Erweiterung des Eisenbahnbaues fordere und daß es daher unbillig und unwirtschaftlich wäre, gleichsam eine Treibhauskultur auf diesem Gebiete zu pflegen. Das „Frdbbl.“ sagt, die richtige wirtschaftliche Aufgabe sei vielmehr die, die bereits bestehenden Linien zu erhalten und vor einer Verschärfung der Krise zu schützen. Das „N. Fr. Bbl.“ gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch die Abgeordneten sich über kurz oder lang auf den Standpunkt der Regierung werden stellen müssen.

Das „N. w. Tgbl.“ tritt mit ziemlicher Bestimmtheit auf, indem es in einem Artikel: „Das Haar in der Rote“, behauptet, Rußland fühle sich über den Ton in der durch die „N. Fr. Pr.“ veröffentlichten Note bezüglich der Zollunterhandlungen verlegt, und der russische Finanzminister von Reutter lege Gewicht darauf, die unterdrückte Stelle der Note kennen zu lernen. Es sei also ein diplomatisches Zerwürfniß eingetreten, und unter solchen Umständen könne sich nun die Geschicklichkeit unseres auswärtigen Amtes in ihrem vollen Glanze zeigen. Dieser Journalstimme erwidert die „Tagespresse“ folgendes: Ein hiesiges Blatt wußte spaltenlang von der schweren Krise zu erzählen, welche durch die Publication der Note Andrass' in Angelegenheit der österreichisch-russischen Zollverhandlungen heraufbeschworen worden sei. Es theilte sogar schon eine neue österreichische Ministerliste mit. Heute ist das Blatt endlich so weit gekommen, zu constatieren, daß die Mißverständnisse im Schoße der österreichischen Regierungswelt durch die mit großer Aufrichtigkeit gegebenen Erklärungen vollkommen beigelegt seien.“ Wir haben diese Thatsache bekanntlich schon am Tage nach der Publication jener Depesche in der entschiedensten Weise festgestellt. Nachdem indessen besagtes Blatt die Räubergeschichte auf dem Gebiete der innern Politik endlich doch fallen lassen muß, entschädigt es seine Leser durch ein Märchen aus dem Bereiche der auswärtigen Angelegenheiten. Herr v. Koviloff, der russische Botschafter, sei zwar noch nicht im Mentchikoff'schen Paletot erschienen, aber er habe im Auftrage seiner Regierung in unserem auswärtigen Amte erklärt, daß sich Rußland durch den Ton der publicierten Note verlegt fühle. Die Zollverhandlungen mit Ruß-

land seien demnach ins Stocken gerathen und es liege die Gefahr nahe, daß dieselben ganz und gar abgebrochen werden. Aus bewährter Quelle erfahren wir, daß an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist. Wir können auf das bestimmteste versichern, daß die russische Diplomatie von dem publicierten Schriftstücke keinerlei officielle Notiz genommen. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unserem auswärtigen Amte und der russischen Regierung sind ungetrübt, und die Chancen unserer Zollverhandlungen mit Rußland sind heute genau dieselben, wie vor der Publication jener vielbesprochenen Note.

Der „Nähr. Corresp.“ erfährt aus Wien, daß man sich in unserem Justizministerium mit der Ausarbeitung einer vielleicht noch in dieser, gewiß aber in der kommenden Session an das Parlament gelangenden Regierungsvorlage beschäftigt, welche den Zweck verfolgt, die Advocatie und das Richteramt in einen engeren Wechselverkehr zu bringen und den Uebertritt aus dem anwaltschaftlichen Berufe in den staatlichen Justizdienst zu regeln. Dabei habe man nur hervorragende und verdienstvolle Advokaten mit längerer praktischer Verwendung im Auge, denen bei dem obersten Gerichtshofe und den Obergerichten eine bestimmte Anzahl Stellen reserviert werden soll.

### Zur Durchführung der confessionellen Gesetze

bringt die „Presse“, gleichlautend mit anderen wiener Journalberichten, nachstehende Mittheilung: „In dem Gesetze vom 7. Mai d. J. über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche wird bestimmt, daß überall, wo bisher ungeachtet einer vorgelommenen Umpfarrung ein Recht auf die den Parochianen als solchen obliegenden Leistungen dem früheren Pfarre verblieben ist, dasselbe unbeschadet des persönlichen Bezugsanspruches des derzeitigen Pfarrers zu übertragen sei; ferner, daß alle nach derselben begründeten Excommunicationen nicht erst bei einem verfallenden Pfandenwechsel, sondern sofort durchzuführen sind und daß nur die tatsächliche Ueberweisung des bisherigen Bezugs an den Beneficiaten der neuen Pfarre auf den Wegfall des persönlich berechtigten Beneficiaten der früheren Pfarre bedingt sein soll.“

Der Minister für Cultus und Unterricht fand sich bestimmt, zur Ausführung dieser gesetzlichen Bestimmung anzuordnen, daß alle vorfindlichen Fälle, in denen das Gesetz vom 7. Mai, § 21, Absatz 2, Anwendung zu finden hat, zu dem Ende zu erheben sind, damit die von dem Gesetze normirte Excommunication nach voraus-

## Feuilleton.

### Irrsinnig.

Roman von W. Heinrichs.

(Fortsetzung.)

#### Viertes Kapitel.

Frederik Botany saß an einem schönen aber kühlen Malmorgen in seinem Arbeitszimmer, gedankenlos, oder vielmehr unbewußt einem Chaos von Gedanken Audienz gebend, indem er den Rauch einer brennenden Havanna in seinen blauen Wolken vor sich hinblies. Sein Gesicht, wozu er bloß den Namen hergab, versah sein Geschäftsjäger, er besaß sich nicht damit; dennoch liebte er es, sich unter dem Vorwande, Buch zu führen in die Einsamkeit seines Zimmers zurückzuziehen. Er fühlte sich nie ganz wohl in England, wo er, wenn auch nicht viele, doch einige Verwandte hatte, welche ihn, den reich gewordenen Verschwenker, beständig im Auge bhielten. Unter ihnen hatte er stets das Gefühl eines Verbrechers, den die Handlanger des Gesetzes beim Krügen zu fassen drohen. Unter Fremden, im Auslande, fühlte er sich sicher. Auch die Vorwürfe, die er sich zuweilen selbst über seine Unmenslichkeiten machte, schwiegen dort; dort redete er sich ein, daß es einmal nicht anders sein könne, und daß der eine leiden müsse, damit der andere das Leben genüße. „Und“, sagte er dann zu sich selbst, „bin ich nicht noch sehr, sehr großmüthig bei alledem? Lasse ich es mir nicht eine große Summe kosten? Ich habe jährlich 600 Pfund Sterling, damit sie anständig unterhalten wird! Ein Heirathsgeld! Was könnte ich nicht alles mit den 600 Pfund Sterling aufstellen?“ Darauf beschloß er sich wieder in Speculationen, bis sich die Thür hinter seinem Rücken öffnete und ihm seine Cousine Julie:

„Es ist eine Frau da, die dich zu sprechen verlangt; sie will sich nicht abweisen lassen, und sagt, sie hätte dir etwas wichtiges mitzutheilen.“

Botany, welcher bei dem Geräusch erschrocken aufgestanden war und sich zitternd an der Stuhllehne festhielt, ärgerte sich sehr über seine Furcht, und fragte barsch:

„Eine Frau? Was zum Henker will sie von mir? Ist sie groß und mager?“

„Nein, im Gegentheil“, antwortete Julie, sich über die Aufregung ihres Vitters wundernd, „sie ist klein und ziemlich dick.“

„So laß' sie herein kommen“, sagte er; „aber in Zukunft sende solche Weiber fort, ohne mich mit ihrem Geschwätz zu behelligen. Sie ist gewiß eine Bettlerin.“

„Darnach sieht sie nicht aus“, meinte Julie, „doch du wirst ja selbst sehen, da kommt sie schon.“

„So laß' mich allein mit ihr“, sagte Botany. Und seine Cousine entfernte sich, indem sie die Fremde von allen Seiten neugierig betrachtete.

Die Frau war in ländliche Tracht gekleidet, von gedrungener Gestalt und ehrbarem Aussehen.

Botany atmete frei auf, die Fremde konnte nichts von seinem Geheimnis wissen, er hatte sie nie vorher gesehen.

„Bitte um Entschuldigung“, sagte sie, mehrere tiefe Kniffe machend, „ich denke, Sie kennen mich wohl nicht.“

Botany stierte sie mit finsternen Blicken an, doch da sie ihm völlig unbekannt zu sein schien, sagte er mit erleichtertem Brust: „Nein, ich kann mich Ihrer nicht entsinnen.“

„Glaub's wohl“, versetzte die Frau, „es ist auch lange her, daß ich in der Stadt war. Daß' mal sehen, es mögen wohl zehn bis zwölf Jahre her sein.“

„Bis dahin reicht mein Gedächtnis nicht zurück“,

sagte Botany. „Zur Sache denn, gute Frau“, rief er ungeduldig. „Was führt Sie zu mir?“

„Ja, Herr, wissen Sie, ich bin ja die Amme der armen Caroline und die Mutter der armen Lucie.“

„Ha!“ rief Botany mit plötzlich stockendem Athem und entsetzte sich, „wie ist das? die Amme?“

„Ja, Herr“, sagte die Frau, und fügte, sich entschuldigend, hinzu: „Ich habe Sie wohl sehr erschreckt, das hätte ich wissen sollen. Ein so gutes Kind, wie Caroline war, und so unglücklich! Nun, Sie waren ja ihr Mann, und wissen, was für ein Engel sie war.“

„Rein Wunder, Herr, daß Sie so blaß aussehen.“

„Woher kommt Sie?“ fragte Botany mit abgewandtem Gesicht.

„Geradeswegs vom Irrenhause zu R., Herr“, sagte die Frau. „Ach!“ sagte sie schluchzend hinzu, „daß ich das erleben mußte!“ Sie zog ein roth- und weichgewürfeltes Taschentuch hervor, um sich die Thränen abzutrocknen. „So jung und so schön“, fuhr sie fort, „und jetzt —“

„Und jetzt?“ — fragte Botany, aufs neue erschreckt, „was jetzt? bisinne Sie sich wohl, was Sie da sagt. — Was weiß Sie von Caroline?“ Er ging und verrückte die Thür, damit niemand kommen und belauschen könne, was er zu hören fürchtete. — „So“, sagte er dann zu der Frau, die nicht wußte, was sie davon denken sollte, als sie sich mit einem fremden Manne eingeschlossen sah.

„So, jetzt“, sagte er gepreßt, „was hat Sie mir zu sagen? Wer hat Sie zu mir geschickt?“ fragte er, sie scharf fixierend.

„Hergeschickt?“ sagte die Frau zitternd, denn sie glaubte ihrerseits mit einem Wahnsinnigen zu sprechen. „Hergeschickt hat mich niemand.“

„Sagte Sie nicht vorher, Sie käme vom Irrenhause zu R.“



gegangener ordentlicher Verhandlung, und wenn nöthig, nach instanzmäßiger Entscheidung der obwaltenden Streitpunkte vorzutreten werde. Die politischen Behörden wurden beauftragt, an die im unterliegenden Amtsgebiete befindlichen Pfarren und Local-Curatien die Aufforderung zu erlassen, daß dieselben in der kürzesten Frist der Bezirksamtshörde Mittheilung zu machen haben, ob bei ihrem Beneficium Fälle von Leistungen der erwähnten Art der Parochianen an den früheren Pfarrer vorkommen oder nicht. Zugleich haben jene Pfarren (Local-Curatien), welche in dem Bezuge solcher Leistungen stehen, ihre allfälligen Einwendungen gegen die Excommunication geltend zu machen. Auf Grund der seitens der Seelsorger eingehenden Mittheilungen haben sodann die politischen Bezirksbehörden nach vorangegangener ordentlicher Verhandlung die Excommunication durchzuführen, eventuell bei vorkommenden Einwendungen entweder sogleich in erster Instanz zu entscheiden oder aber, wenn erforderlich, bei den früheren Instanzen anzufuchen."

## Reichsrath.

### 79. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 25. November.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Banhans, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Ehlmeck, Freiherr v. Pretis.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Ministerialrath v. Glikant.

Die Direction des orientalischen Museums zeigt dem hohen Hause die Constituirung dieses Vereines an und bittet, das Abgeordnetenhaus möge diesem Institute seine geneigte Aufmerksamkeit widmen.

Unter den eingelaufenen Petitionen befinden sich mehrere um die Gewährung der Eisenbahnlinie Troppau-Blatnapaß.

Die Specialdebatte über das Actiengesetz wird fortgesetzt. Zu Art. 225 a), der vollkommen identisch mit dem Art. 204 über Commanditgesellschaften ist, beantragt Abg. Gompertz, den Art. 225 a) ebenso wie den Art. 204 nach der Regierungsvorlage zu genehmigen. Wird angenommen.

Art. 226 (Bestimmungen über die Führung von Processen gegen den Aufsichtsrath wird ohne Debatte angenommen.

Art. 227 normiert die Zusammenstellung des Vorstandes.

Abg. Gompertz kann der Fassung dieses Artikels nicht vollständig beipflichten. Nachdem der Vorstand durch die leitende Direction gebildet wird, so ist die Bestimmung, daß der Vorstand jederzeit durch Beschluß der Generalversammlung abgesetzt werden kann, ganz danach angethan, der Stabilität der Geschäftsführung empfindlichen Schaden zuzufügen. Die fünfte Alinea steht aber vollends im Widerspruche mit den übrigen, da sie gestattet, daß die Stelle eines ausgeschiedenen Mitgliedes für die Zeit bis zur nächsten Generalversammlung durch den Vorstand besetzt werden kann. Redner beantragte daher die Streichung dieser beiden Alinea. Wird unterstützt.

Abg. Scharf wird ist auch der Ansicht, daß die Generalversammlung nicht geeignet ist, den Vorstand zu

erneuern und daß dies ausschließlich Sache des Verwaltungsrathes sein soll. Er ist daher auch für die Streichung dieser Bestimmung und unterstützt daher den Antrag Gompertz's.

Abg. Dr. Renger spricht gegen die Vorredner, welche die Ausnahmen mit der Regel verwechselt zu haben scheinen. Eine Agitation gegen die Direction kann in jedem Falle vorkommen, ob dieselbe nun die Generalversammlung oder durch den Verwaltungsrath oder Aufsichtsrath eingesetzt ist. Die Actionäre werden in dieser Beziehung selbst das Richtige treffen, denn eine Erschütterung der Stabilität in der Geschäftsleitung würde ihnen zuerst Schaden bereiten. Redner empfiehlt den Auschußantrag, für den noch der Berichterstatter plaidiert. Art. 227 wird nach dem Auschußantrage angenommen.

Die folgenden Artikel handeln über die Rechte und Pflichten des Vorstandes. Art. 228 bis 238 werden ohne Debatte angenommen.

Art. 238 a) spricht über die Nachweisung des Stimmrechtes.

Abg. Neuwirth ist nicht damit einverstanden, daß das Verzeichnis der Actionäre spätestens mit Ende des dritten Tages vor jeder Generalversammlung notariell abzuschließen und am Sitz der Gesellschaft vorzulegen sei. Er weist auf das Beispiel großer und solider Institute hin, die die Actiendeponierung schon einen Monat vor der Generalversammlung verlangen. Er beantragt, statt „drei Tagen“, die Zeit von drei Wochen zu setzen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt und die Fassung des Ausschusses angenommen.

Artikel 239 spricht über die Vorlage der Bilanzen.

Abg. Neuwirth stellt hierzu mehrere Abänderungsanträge, welche auf die einmalige Publication der Bilanz in den hiezu bestimmten Blättern, auf die Vorlage der Bilanz im ersten Semestre des Geschäftsjahres, wenn die Gesellschaft Bankgeschäfte betreibt, und endlich auf Anwendung des Artikel 185 a auf solche Actiengesellschaften abzielen. Die Anträge sollen dem Ausschusse zugewiesen werden. Nach einer Replik des Berichterstatters werden die Anträge Neuwirths dem Ausschusse überwiesen.

Abg. Neuwirth beantragt in Ansehung der Wichtigkeit der nun folgenden Artikel (über die Liquidation der Gesellschaften) Schluß der Sitzung. Wird abgelehnt.

Abg. Neuwirth erhält das Wort. Er gibt eine ausführliche Schilderung, wie bisher die Liquidation einer Gesellschaft beschloffen und durchgeführt wurde. Der Verlust des halben Actienkapitals, wie es bei den meisten dieser liquiden Gesellschaften der Fall war, ist ein sehr schwerwiegendes Moment im Actienwesen. Die Auflösung einer Gesellschaft müsse einer strengen Controle unterzogen werden und es sollten hiezu Bestimmungen plangreifen, wie sie das englische Actiengesetz zum Schutze der Actionäre aufstellt. Die einfache Anzeige von der geplanten Auflösung an die Generalversammlung kann doch nicht genügen. Es müsse vor allem die Höhe des eventuellen Verlustes in Anschlag kommen. Redner bittet, in diesen Bestimmungen des Gesetzes nicht zu sorglos vorgehen zu wollen, und stellt folgende Abänderungsanträge: Eine bloße Anzeige des Verwaltungsrathes an die Generalversammlung genügt nicht. Es muß ausdrücklich bestimmt werden, daß es Sache der Generalversammlung allein ist, die Fortführung oder Liquidation zu beschließen. Zur Fortführung der Geschäfte ist für den Fall des Verlustes von Dreiviertel des Kapitals die Zustimmung von Dreiviertel des stimmberechtigten Kapitals erforderlich.

Abg. Wolfrum unterstützt den Vorredner und beantragt die Zurückweisung des Artikel 240 an den Ausschuss, der besonders in Erwägung zu ziehen habe, ob nicht in diesen Artikel Bestimmungen über die Abstempelung von im Verthe gesunkenen Actien aufgenommen werden können. Dieser Antrag wird angenommen und die Anträge Neuwirths werden ebenfalls dem Ausschusse überwiesen.

Abg. Auspitz und Genossen interpellieren betreffs der Regulierung der Wärr.

Abg. Riese und Genossen interpellieren den Minister des Innern wegen der Auflösung des verfassungstreuen Gemeinderathes in Drohobitz (Galizien), ob der Regierung der willkürliche Act des Regierungskommissärs, der selbst Gemeindebeamte und Ehrenbürger ernannte, bekannt sei und was er darin zu thun gedünke.

## Zur Situation in Ungarn

erhält „Pesti Naplo“ angeblich aus hervorragender parlamentarischer Hand nachstehenden Artikel:

„Es ist eine Thatsache, daß der zur Prüfung der neuesten vom Finanzminister eingereichten Gesetzentwürfe entsendete Ausschuss trotz seiner eifrigen Thätigkeit in diesem Jahre seine Arbeit nicht beendigt, seine Aufgabe nicht lösen kann.“

Eine ebenso traurige, aber nicht in Zweifel zu ziehende Thatsache ist es auch, daß unsere finanziellen Zustände unaussprechlich fordern, daß ein trotz bedeutender Ersparungen noch immer verbleibendes Deficit durch ein (wahrhaftig) Steuerhysterium und, insoweit dies nicht genügen sollte, durch strengere Maßnahmen und Eröffnung neuer Einnahmequellen gedeckt werde.

Eine Thatsache ist es ferner, daß zur Erreichung dieses Resultates erforderlich ist, daß schon im künftigen

Jahre die Ersparungen und die Vermehrung des Einkommens wenigstens bis zu jenem Grade Wirklichkeit werden, wie es die Ranner-Commission in ihrem Berichte andeutete und in durchschnittlichen Ansätzen auch zum Ausdruck brachte.

Aus all' diesen zweifellosen und unfeugbaren Thatsachen ist klar, daß wir unseren außerordentlichen finanziellen Bedrängnissen nur durch außerordentliche Mittel abhelfen können, sowie auch, daß diese Hilfe unverzüglich geboten werden muß, denn jedes Säumen gefährdet den Erfolg, ohne welchen wir aber materiell zugrunde gehen.

All' diesen ebenso traurigen, als zweifellosen Thatsachen gegenüber ist nur eines klar, daß es die ernste und unabwiesliche Pflicht der Regierungsmänner sei, alle jene außerordentlichen Mittel in Vorschlag zu bringen, durch deren Anwendung man die unverzügliche Abhilfe schon im nächsten Jahre, sowohl durch die factische Durchführung der Ersparungen, als durch die augenblickliche Eröffnung reichlicher Einnahmequellen verwirklichen könne.

Ich betone die Nothwendigkeit außerordentlicher Mittel, die einige Jahre angewendet, Zeit gewähren sollen, daß ein neues System zur Feststellung dauerhafter Verbesserungen ausgearbeitet werde, die zu einer gründlichen Remedur führen — ein System, welches, die materielle Kraft des Landes in Rechnung ziehend, ebenso den kostspieligen Velleitäten der jüngsten Vergangenheit fern bleibe, wie es in allen übrigen nützlichen und heilsamen Bestrebungen jene Reihenfolge vor Augen halte, ohne welche die beste Absicht, der makelloste Eifer Schaffbruch leiden müssen.“

Zu dieser Enunciation bemerkt „Pesti Naplo“: „Es sei dies eine laut gewordene Regung aus jener großen Ideenbewegung, welche die Verhandlungen des Steueraussschusses, die im ganzen Lande erwachte Agitation gegen die Steuererhöhung und jenes drückende Bewußtsein in Abgeordnetenkreisen hervorgerufen haben, daß unsere Finanzlage keine unabsehbaren Debatten von ungewissem Resultate zuläßt, sondern sofortige Hülfsmittel von sicherem Erfolge fordert.“

## Ueber die Vorgänge in Spanien

Schreibt die „Liberté“: „Wichtige, wahrscheinlich entscheidende Ereignisse bereiten sich in Spanien vor. Sobald die Soldaten des letzten Contingents ihre Ausbildung vervollständigt haben werden, wird der Marschall Serrano, und zwar schon in den nächsten Tagen, sich an die Spitze der verstärkten Nordarmee stellen und den Kampf gegen die Carlisten mit aller Energie betreiben. Die lehreren sollen gleichzeitig auf dem baskischen Gebiet und in Navarra angriffen werden, und man hofft, daß diese Operationen das Ende des Krieges herbeiführen werden. Der General Zobelar, dessen kluge Taktik sehr bemerkt worden ist, hat die Carlistenarmee des Centrums auf kleine Banden reducirt, welche j. d. m. ernstlichen Rencontre aus dem Wege gehen. Sobald die Operationen im Norden beendet sind, was wahrscheinlich vor Ende December der Fall sein wird, wird man die Cortes einberufen und die Verfassungsfrage in Angriff nehmen, die dann leicht eine Lösung im streng conservativen Sinne, etwa nach dem Beispiele des heutigen Frankreich, finden könnte.“

## Politische Uebersicht.

Salbach, 27. November.

Die ungarischen Blätter besprechen die Lage. Die dem Freiherrn v. Sennyh nahestehende „Magyar Politika“ erklärt die Provocation einer Ministerkrise in dem gegenwärtigen Momente als zwecklos Leichtfertigkeit.

Der deutsche Reichstag setzte die Lesung der Justiz-Gesetzentwürfe fort. Im Laufe der Debatte erklärte der bayerische Justizminister Faust: Die bayerische Regierung sei für ein oberstes Reichsgericht, soweit ein gemeinsames Reichsrecht bestünde, eingetreten; ohne Landesgerichte höherer Instanz könne jedoch Bayern nicht bestehen. Die letzteren sollten nur die der Landesgesetzgebung zustehenden Angelegenheiten bearbeiten. Daran müsse Bayern festhalten und dafür werde er um so lebhafter eintreten, als dadurch kein Reichsinteresse verletzt werde.

Aus der Thronrede Sr. Majestät des Königs von Italien verdienen folgende Stellen besondere Beachtung: „Meine Regierung wird Ihnen einige Maßnahmen vorlegen, welche zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit in den Provinzen, wo dieselbe ernstlich gefährdet ist, dienen sollen. Mit der Annahme dieser Maßregeln werden Sie dem Beispiele der civilisirtesten Nationen und solcher Parlamente folgen, die am eifrigsten über die öffentlichen Freiheiten gewacht haben, ihre Freiheiten, die in den Augen der Völker ihren Werth verlieren, wenn sie nicht die Sicherheit der Personen und des Eigenthums garantieren. Die neue Militärorganisation hat gute Resultate ergeben und ich bin stolz auf die Fortschritte der Armee, mit welcher mich die liebhafteste Zuneigung und die liebsten Erinnerungen meines Lebens verknüpfen. Man muß dem Werke die Krone aufsetzen und auch für die Verteidigung des Staates Sorge tragen.“

„Richtig! ach Gott, das hatte ich ganz ver-gessen.“

„Und weiter?“ rief Botany.

„Ich sprach dort mit Dr. Breitbard,“ sagte die Frau. „Aber das ist ein harter Mann, er ließ mich mit seinen Hund und dem Hofe jagen. Daher komme ich zu Ihnen, Herr, es ist ein weiter Weg, den ich unter-nommen habe, und Sie müssen mir helfen, Sie dürfen mich nicht abweisen.“

„Nichts da!“ rief Botany heftig, „ich kann nichts für Sie thun; sie hat dort alle Pflanze, welche ihr Zustand erfordert. Ubrigens ist sie unheilbar.“

„Das will ich ja gern glauben, lieber Herr,“ sagte die Amme; „aber ein Mutterherz will doch gern selbst sehen und sich überzeugen, wie es mit seinem Kinde steht. Allein der Doctor ist unerbittlich und will mich nicht zu ihr lassen.“

„Sie hat sie wohl noch nicht gesehen?“ fragte Botany, wieder zu sich selbst kommend, das ist etwas anderes. „Aber“, fuhr er fort, „wie kommt Sie denn auf den Gedanken, daß meine Frau — das Caroline dort im Irrenhause sein soll? Weiß Sie denn nicht, daß sie todt ist?“

„Das weiß ich sehr wohl, guter Herr“, sagte die Alte, „die ist ja längst todt und begraben. Ich wollte ja nur meine Tochter Lucie besuchen, für die Sie noch immer das Kostgeld bezahlen. Ich dachte, wenn sie nicht gar so schlimm wäre, so wollte ich sie zu mir nehmen. Es geht mir jetzt viel besser als sonst, ich habe meines Bruders hübsche Hütte mit Keller und Viehstand geerbt, und da habe ich gedacht, ich könnte die arme Dirne zu mir nehmen, denn ich lebe so allein und es thäte uns vielleicht beiden gut.“

(Fortsetzung folgt.)



Die der „Times“ aus Alexandria gemeldet wird, hat Frankreich nunmehr der Reform der ägyptischen Gerichtsverfassung ebenfalls zugestimmt. Die diesbezügliche Convention ist bereits unterzeichnet und wird der Nationalversammlung unterbreitet werden.

Die griechische Kammer hat die Discussion über die Wahlreform beendet; das Ministerium hat einen vollständigen Sieg errungen.

Die Gerüchte über eine angeblich in Algerien herrschende Aufregung werden officiell dementiert. Nigends ist ein Anzeichen einer Aufregung zu bemerken, auch hat keinerlei Verhaftung algerischer Hauptlinge stattgefunden. Die marokkanischen und tunesischen Flüchtlinge wurden entweder entwaffnet oder in ihre Heimat zurückbeordert. Die Gerüchte über die angebliche Abtretung eines marokkanischen Hafens an Deutschland werden gleichfalls als unbegründet bezeichnet.

Aus Bombai wird gemeldet: Shri Ali nahm Jacob Kahn gefangen aus Besorgnis, letzterer werde Verat an Persien abtreten. Nach Berichten der „Times“ aus Calcutta fürchtet man, die Gefangennehmung Jacob Khans könne ernsthaftere Entwicklungen und eine Intervention der ostindischen Regierung veranlassen.

Ruters „Office“ meldet von Buenos-Ayres, 21. November, daß dort vollständige Ruhe herrscht. Die Fremden blieben unbehelligt, der Aufstand ist bisher auf die inneren Provinzen beschränkt, die Wirkungen desselben machen sich in der Hauptstadt wenig bemerklich, die Schifffahrt ist nicht gehindert, die fremden Kriegsschiffe haben ihre Station ohne Ausnahme nicht verlassen, die Banken sind sämtlich geöffnet, auch die argentinische Bank hat ihre Geschäfte wieder aufgenommen. — In Montevideo herrscht vollständige Ruhe.

## Zur Action in Eisenbahnsachen.

(Schluß.)

Im laufenden Jahre verausgibt der Staat für Eisenbahnbauten und zwar für die in eigener Regie geführten Bauten . . . . . 17.376.000 fl.  
in Bauvorschußen . . . . . 5.100.000 fl.

dennach zusammen . . . . . 22.476.000 fl.  
Rechnet man hierzu die in diesem Jahre an Zinsengarantie für die im Betriebe stehenden Bahnen zu bezahlende Summe von rund 17.000.000 fl. so stellt sich die effective Gesamtleistung des Staates für Eisenbahnen im Jahre 1874 auf 39 bis 40 Millionen Gulden.

Von einigen unerheblichen Aenderungen bei den Schlepfbahnen und sonstigen kleineren Bauten abgesehen, verblieben die erwähnten 168 Meilen auch im Jahre 1875 im Baue und kommt noch die Linie Leobersdorf-St. Pölten sammt Nebenlinien mit rund 20 Meilen hinzu, wodurch die gesammte Baulänge für das nächste Jahr auf 188 Meilen erhöht wird.

Der Staat hat hierbei nachstehende Lasten zu tragen und zwar:

für die Regiebauten, für welche ich heute ein Specialgesetz zur verfassungsmäßigen Behandlung dem hohen Hause überreicht habe . . . . . 19.500.000 fl.  
für die mit staatlicher Subvention in Ausführung begriffenen Linien Kaltenau-Graslich . . . . . 350.000 fl.  
Pilsen-Eisenstein . . . . . 3.500.000 fl.  
Leobersdorf-St. Pölten . . . . . 2.000.000 fl.

Zusammen 25.350.000 fl.

Mit Hinzurechnung der bei den Staatsregiebauten aus dem Jahre 1874 noch verfügbaren und erst im Jahre 1875 zur effectiven Ausgabe gelangenden Creditreste von 7.300.000 fl. ergibt sich sonach für den Eisenbahnbau im Jahre 1875 ein effectiver Aufwand des Staates von 32 1/2 Millionen.

Wird hierzu noch die vom Budgetausschusse des hohen Hauses für Zinsengarantie-Vorschuße an im Betriebe stehende Bahnen beantragte Summe von mehr als 17 Millionen Gulden gezählt, so wird der Staat im nächsten Jahre für Eisenbahnzwecke nahezu 50 Millionen Gulden verausgaben müssen, das ist um 10 Millionen mehr als im Jahre 1874 und circa 34 Millionen mehr als im Jahre 1873.

Unter solchen Umständen und mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Staates behält die Regierung eine noch größere Belastung desselben zu Eisenbahnzwecken im Jahre 1875 nicht für zulässig.

Allerdings muß für die Entwicklung des Eisenbahnnetzes und für die Fortführung des Eisenbahnbaues auch über das Jahr 1875 hinaus schon jetzt vorgebracht werden.

Im Jahre 1875 werden vornehmlich folgende Linien dem Betriebe übergeben werden:

	Meilen
Prog-Duxer Bahn (Brüx-Klostergrab)	2
Erzgrube-Albrechtbahn (Stib Stanislaus)	14
von der südnorddeutschen Verbindungsbahn	8
Salzburg-Tiroler Bahn	36
Bohnen-Brannau	14
Falkenberg-Graslich	4
Katonitz-Protivin	19
an Anschluß- und Umlegungsbauteilen, Schlepfbahnen u. dgl. circa	3

im ganzen circa . . . . . 100.

Es bleiben daher für das Jahr 1876 88 Meilen im Baue, wovon die Linie Tarnow-Buchow und die Jüriener Bahnen schon im Sommer 1876 dem Betriebe übergeben werden dürfen. Da nun nach vollständiger Ausbeute dieser Linien nur noch 50 Meilen im Baue verbleiben, so ist die Regierung zunächst auf den Ausbau jener Linien bedacht, deren Sicherstellung ihr bereits durch Gesetze vorgezeichnet ist. Sie wird daher dem hohen Reichstage solche Abänderungen der Gesetze vom 3. und vom 6. Mai 1874 (R. G. Bl. Nr. 54 und 73), betreffend die Sicherstellung der Eisenbahnlinie Troppau-Blasparitz und der Salzkammergut-Bahn, in Antrag bringen, welche geeignet erscheinen das Zustandekommen dieser beiden Eisenbahnlinien für alle Fälle zu sichern. Dadurch würde für das Jahr 1876 der Bau von mindestens 129 Meilen im vorhinin gesichert sein.

Die Regierung erkennt es aber weiter, geleitet von den bei uns und anderwärts gemachten Erfahrungen, als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, die Reform des gesammten Eisenbahnwesens ins Werk zu setzen und für den planmäßigen Ausbau unseres Eisenbahnnetzes Sorge zu tragen.

Zu diesem Ende hat die Regierung beschloffen, noch im Laufe des Jahres 1875 dem hohen Reichsrathe ein detaillirtes Programm zu entwickeln und, insoweit hierzu die legislative Mitwirkung erforderlich ist, die zur Ausführung desselben dienenden Vorlagen zu machen.

Hierbei wird insbesondere barzulegen sein, welche Eisenbahnlinien für die nächsten Jahre im öffentlichen Interesse und in welcher Reihenfolge dieselben zu bauen sein werden.

Ferner wird hiebei auf Grund der Erfahrungen, welche bei dem neuerlich versuchten Staatsbahnbau gewonnen wurden, die prinzipielle Frage zur Lösung kommen, in welcher Weise sich der Staat in Zukunft an der Herstellung von Eisenbahnen zu betheiligen und namentlich ob und inwieweit der Staatsbau grundsätzlich zur Anwendung zu kommen habe.

Nach dieser Darstellung glaube ich in eine weitere Beantwortung der einzelnen Interpellationen, welche sich auf den Bau von Eisenbahnen im Innern der Monarchie beziehen, nicht eingehen zu sollen, und bemerke nur noch, daß ich die Interpellationen, betreffend den Ausbau der Eisenbahnen in der europäischen Türkei und die Herstellung der Linie Tarnow-Ponteba, demnächst zu beantworten die Ehre haben werde.

## Tagesneuigkeiten.

— (Ziehung.) Am 1. Dezember d. J. wird im Beisein der Staatsschulden-Controlcommission des Reichsrathes in dem für Verlosungen bestimmten Saale im Bancogebäude — Singerstraße in Wien — die 53. Verlosung der Serien und Gewinnnummern des Prämienanlehens vom Jahre 1860 vorgenommen werden.

— (Der Nordpolfahrer Paper) wurde, wie man dem „N. L.“ aus Wien berichtet, eingeladen, sich an der von der englischen Regierung ausgerüsteten Nordpol-expedition zu betheiligen.

— (Zur Faschingsaison.) In der in Graz den 25. d. M. stattgehabten Versammlung der deutschen Studentenchaft wurde über Antrag des stud. jur. Fr. Starck beschlossen, in der kommenden Saison einen deutschen Universitätsball zu veranstalten und zu dem Zwecke ein Zwanziger-Comité mit dem Rechte der Cooptation gewählt, bestehend aus folgenden Herren: Leopold Baron Michelburg, Ernst Ritter v. Burger, Fritz Baron Gall, Heinrich Baron Ebebeck, Karl Gerischer, Josef Hauffen, Viktor Graf Hohenwart, Max v. Jochisch, A. Klima, August Baron Odelgo, Albert Baron Schluga, Theodor Wolf, Hugo Fürst Windischgrätz, Gustav Wolanin und Radolf v. Wurms, sämtlich Juristen; Ludwig Ritter v. Ebner, Robert v. Fleischhacker, Rudolf Ritter v. Luschn und Franz Müller, Mediciner, und stud. phil. Wilhelm Germal. Von einem besonderen Juristenballe wurde hener gänzlich Umgang genommen; das eventuelle Reinerträgnis wird wie im Vorjahre dem Fonde zur Unterstützung dürftiger Universitätsstudenten zugewendet werden.

— (Gemeindehaushalt in Trieste.) Der Rechnungsabluß der k. k. ö. ö. Verwaltung für das Jahr 1873 weist 3.469.933 fl. an ordentlichen Einnahmen (darunter 2.710.695 fl. directe und indirecte Steuern), 3.149.412 fl. an ordentlichen und 325.644 fl. an außerordentlichen Ausgaben auf, so daß sich ein Deficit von 4063 fl. ergibt.

— (Die Blatternkrankheit) ist, wie die „Bilancia“ meldet, in Fiume aufgetreten und wurde von Seite des dortigen Magistrats als epidemisch erklärt.

— (Erfolgreiches Jagdergebnis.) Wie der „Föbion“ berichtet, wurden dieser Tage im Jagdgebiete des Fürsten Josef v. Lobkowitz Jagden abgehalten, bei welchen von sechs Schützen 2125 Stück Wild u. z. 2088 Hasen, 23 Fasanen, 7 Rebhühner, 4 Schnepfen und 3 Kaninchen erlegt wurden.

— (Zur Affaire Arnim.) Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ bringt über den Fall Arnim eine sehr sachliche und objectiv criminalistische Studie des heidelberger Strafrechtslehrers Heintze. Dieselbe stellt dem Prozeße eine für Arnim sehr günstige Prognose und weist an der

Hand der einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches nach, daß die Staatsanwaltschaft viele und große Schwierigkeiten zu besiegen haben wird, um die strafrichterliche Verurtheilung des Grafen zu erreichen. Nem ist hiebei der Hinweis auf § 4 des Reichs-Strafgesetzbuches, nach welchem ein im Auslande verübtes Vergehen von deutschen Strafgerichten nur geahndet werden kann, wenn es auch an dem ausländischen Begehungsorte gesetzlich mit Strafe bedroht war. Daß aber ein hieher passendes französisches Gesetz nachweisbar sei, bezweifelt Professor Heintze. Auch die übrigen Ausführungen dieses Artikels sind voll Schärfe und Präcision und decken glücklich die Klippen auf, an welchen die eingeleitete Strafverfolgung scheitern kann.

## Locales.

### Vom Alpenvereine.

Die Section Kraiu des deutschen und österreichischen Alpenvereines hielt am 17. d. eine Versammlung ab.

Nach Eröffnung derselben berichtete Herr Dr. Alfons Mosch über die am 28. August in Rempten stattgefundene diesjährige Generalversammlung, bei welcher die Section Kraiu mit 15 Stimmen durch den Vorstand der Nachbarsection Rattenland, Baron Czörnig, vertreten wurde.

Der vorgelegte Kassenconto-Abschluß für das Jahr 1873 weist einen Kasseneff von fl. 5. 5436-68 Silber und 826-23 Papier aus.

Der jährlich an die Centralkasse zu entrichtende Beitrag wird auf 6 Reichsmark oder 3 Gulden 5. W. in Geld festgesetzt.

Die Zeitschrift des deutschen und österreichischen Alpenvereines erscheint künftighin in drei Hefen per Jahr. Die beiden ersten, alpine Aufsätze, Illustrationen, Karten u. s. w. enthaltenden Hefen erscheinen im Laufe des Jahres, das dritte, Personalien und Vereinsangelegenheiten enthaltende Hefte erscheint stets im Beginne des nächsten Jahres. Außerdem erscheinen vom Jahre 1875 an neben der Zeitschrift auch Mittheilungen des deutschen und österreichischen Alpenvereines, welche, ebenso wie die Zeitschrift, unentgeltlich den Mitgliedern zukommen und in der Regel alle zwei Monate ausgegeben werden.

Der Zeitschrift wird successive eine Specialkarte der Alpen im Anschlusse an die von der Schweiz herausgegebene vorzügliche Karte im Maßstabe von 1:50.000, Uebersichtskarten einzelner Gebirgsgruppen im Maßstabe von 1:100.000, und eine genaue Uebersichtskarte der gesammten Ostalpen im Maßstabe von 1:250.000 beigegeben werden.

Im Budget für 1875 wurde für die Zeitschrift und die Mittheilungen 60% für Weg- und Hüttenbauten 25% für Regie, Porti und Reserve 15% der Einnahmen bewilligt.

Für Weg- und Hüttenbauten erhielten aus dem Ueberflusse des Vereinsjahres 1873:

a) für eine auf den Laboretawänden des Ortler zu errichtende Vereinshütte, deren Bauleitung vorbehaltlich der Betheiligung noch anderer Sectionen die Section Prag übernimmt, 600 fl.;

b) die Section Austria für ihre Weg- und Hüttenbauten am Kaiser Thurn 250 fl.

Für das Vereinsjahr 1874 wurden bewilligt:

a) der Section Austria für desgleichen 250 fl.;

b) der Section Frankfurt am Main für ihre Hüttenbauten 400 fl.;

c) der Section Salzburg für ihre Weg- und Hüttenbauten am Untersberg 300 fl.;

d) der Section Meran für die Hütte am der Langen Spitze 150 fl.;

e) der Section Algäu-Rempten für die Hütte am Simlen und verschiedene Wegverbesserungen 200 fl.;

f) der Section Traunstein für zwei Wegherstellungen zur Hochplatte und zum Stauffall bei Unken 50 fl.;

g) der Section Vorarlberg für eine Hütte am hohen Freichen und an der Sulzfluh 400 fl.;

h) der Section Pinzgau in Zell a. S. für Fertigstellung des Hauses auf der Schmittshöhe und des Weges über den Gaisstein nach Uttenhof 400 fl.;

i) der Section Algäu-Innenstadt zur Herstellung einer Unterkunfthütte unter der höchsten Spitze der Mädelegabel 300 fl.;

k) der Section Prag für eine Unterkunfthütte in der oberen Fernau 400 fl.;

l) der Section Inneröththal für Wegverbesserung an der Zwergwand (150 fl.) und im Gurglthal (50 fl.) zusammen 200 fl.

Für die Jahre 1875—77 wurde wieder Frankfurt als Vorort, Innsbruck dagegen für 1875 als Generalversammlungsort bestimmt.

Hierauf berichtete Obmann Bamberg über die begonnene Durchführung der Bergführerordnung in Oberkrain. Es wurden bisher die Tarife für das wöchentliche Baden und für Raichach-Weissenfels, letztere im Einverständnisse mit dem für Weissenfels aufgestellten Führern Valentin Gasser, Forstwart, und Martin Rabitz, Forstwärter, aufgestellt. Die Tarife, welche noch der behördlichen Genehmigung bedürfen, sind für Weissenfels: a) südliche Seilbahn auf den Rangart und retour fl. 4 50, über Raichach retour fl. 5 50, über die Speitalm nach Raichach fl. 2, über die Ponza und durch die Planiza retour fl. 3, Mittagslokal und retour fl. 3, durch Kömerthal zurück fl. 3 50, durch die Planiza an der Roifrola vorüber durch die Pischengra nach Kronau fl. 3; b) nördliche Seilbahn auf das



